

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/91

13. Mai 1976

Wir haben die deutsche Frage offengehalten

Die sozialliberale Deutschlandpolitik kann große
Leistungen aufweisen

Von Egon Franke MdB
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Schnelle und wirksame Hilfe

Das Programm der Bundesregierung für die Ausiedler
aus Polen

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages
und stellv. SPD-Fraktionvorsitzender

Seite 3 bis 5 / 95 Zeilen

Die sozialliberale Außenpolitik ist erfolgreich

Fortsetzung auf der Basis der Glaubwürdigkeit und
der Stabilität

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 6 bis 8 / 98 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 8-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 80 37 - 38
Telefax: 08 98 846 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Wir haben die deutsche Frage offengehalten

Die sozialliberale Deutschlandpolitik kann große Leistungen aufweisen

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Debatte im Deutschen Bundestag hat es erneut deutlich gemacht: Die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Bundesregierungen hat in den zurückliegenden Jahren ihre Absichten zielstrebig verfolgt und dabei eindeutige Erfolge erreicht.

Was war unsere Absicht? Wir wollten ein Verhältnis geordneter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herstellen, und zwar unter Bedingungen, die es uns erlauben, die deutsche Frage über einen Zeitraum von unbestimmter Dauer hinweg wirksam offenzuhalten. Dabei sind wir selbst nie von dem Gedanken ausgegangen oder haben gar unseren Mitbürgern versprochen, daß unsere Politik in einer absehbaren Zeit - möglicherweise zwangsläufig - zur Wiedervereinigung oder zur Selbstbestimmung der Deutschen in den beiden Staaten führe. Wir mußten vielmehr von der Einsicht ausgehen, daß die Dauer der Teilung unseres Landes zeitlich nicht abzusehen ist. Deutschlandpolitik, das war unsere Folgerung aus dieser Einsicht, muß von großen Worten zu kleinen praktischen Schritten übergehen; nur so kann sie der Nation dienen.

Was haben wir von dem Ziel erreicht, die deutsche Frage wirksam offenzuhalten?

Die politische Aufgabe und Verpflichtung zur Lösung der deutschen Frage ist mit unseren eigenen und mit den Sicherheitsinteressen unserer Verbündeten in Einklang geblieben. Damit wurde die elementare Voraussetzung für jede wirksame Politik der Bundesrepublik gesichert. Berlin ist trotz seiner enormen, gefährlichen Grundsituation sicherer und krisenfester geworden. Das Vier-Mächte-Abkommen wäre nicht möglich gewesen, hätten wir nicht unsererseits notwendige Voraussetzungen dazu geschaffen; es hat die Lebensfähigkeit der Stadt entscheidend gestärkt

und verbessert. Wir haben eine Grundlegenregelung für unsere Beziehungen mit der DDR erreicht, bei der die Rechtsverhältnisse Deutschlands gewahrt bleiben konnten. Wir haben erreicht, daß die bis Ende der 60er Jahre zunehmende Abschnürung der Verbindungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten gestoppt und in eine positive Gegenrichtung umgekehrt wurde. Seither haben die Kontakte und Verbindungen wieder zugenommen.

Darin sieht die Bundesregierung ein wesentliches Element ihrer Deutschlandpolitik, und darum haben wir auch immer gesagt: Wer die deutsche Frage wirksam offenhalten will, der muß dafür Sorge tragen, daß die Verbindungen zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten lebendig bleiben. Das wird deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im vergangenen Jahr 1975 etwa 7,7 Millionen Westdeutsche und West-Berliner zum Besuch von Verwandten, Bekannten oder Freunden, als Touristen oder als Geschäftsleute in der DDR oder in Ost-Berlin gewesen sind. Das ist ein Vielfaches der Reisezahlen, wie wir sie aus dem Jahre 1969 in Erinnerung haben. Oder: Im vergangenen Jahr sind knapp zehn Millionen Telefongespräche von West nach Ost geführt worden. Vor sechs Jahren noch war es knapp eine halbe Million.

Es ist nicht länger zu bestreiten: Die Kontakte und Verbindungen zwischen den Menschen in Deutschland haben wieder zugenommen. Das hilft der Nation, sich ihren Zusammenhalt zu bewahren. Das hilft aber auch den einzelnen Menschen, die in ganz persönlicher Weise unter der Trennung zu leiden haben. Im vergangenen Jahr konnten wir 5.499 Menschen - wahl-gemerkt: Personen im Nichtrentenalter - mit ihren Angehörigen in der Bundesrepublik zusammenführen. 1970 noch hatten nur 541 solcher Personen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu ihren Verwandten übersiedeln können.

Natürlich ist vieles noch nicht so, wie wir es uns wünschen. Aber es ist deutlich besser als noch vor wenigen Jahren. Deshalb müssen wir diese Politik fortsetzen. Wir können und dürfen das Begonnene nicht denen überlassen, die diese erfolgreiche Politik schon im Ansatz für falsch halten und ihre Durchführung behindern und bekämpfen. (-/13.5.1976/bgy/e)

+ + +

Schnelle und wirksame Hilfe

Das Programm der Bundesregierung für die Aussiedler aus Polen

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages
und stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Die Bundesregierung hat schnell gehandelt, damit die Aussiedler aus Polen unverzüglich großzügige Hilfen für ihre Eingliederung erhalten können. Nachdem der Bundestag die Ratifizierungsgesetze zu den Polen-Verträgen am 19. Februar dieses Jahres verabschiedet hatte und auch der Bundesrat sie am 12. März nach zähem Ringen passieren ließ, hatte sich das Kabinett bereits in seiner nächsten Sitzung am 17. März eingehend mit den Fragen der Eingliederung der zu erwartenden Polen-Aussiedler befaßt. Die Größenordnung dieser Aufgabe läßt sich daran ablesen, daß durch die Erhöhung der Aussiedler aus Polen um jährlich rd. 22.000 Personen dazu führt, daß sich die jährliche Gesamtzahl der Aussiedler und Zuwanderer von bisher 37.000 auf dann rd. 60.000 Personen erhöht.

In seiner Sitzung am 12. Mai hat nun das Bundeskabinett ein Programm zur Eingliederung der deutschen Aussiedler aus Polen beschlossen, dessen Schwerpunkte in folgenden Bereichen liegen: Schaffung von Wohnraum und Gewährung von Einrichtungsdarlehen; Überwindung der Sprachschwierigkeiten durch großzügige Sprachförderungsmaßnahmen auch für solche Aussiedler, die keine Berufstätigkeit anstreben; Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennung von Ausbildungsgängen und Befähigungsnachweisen; qualifikationsgerechte Vermittlung von Arbeit und Beratung durch Fachkräfte, die mit den Problemen der Aussiedler besonders vertraut sind; Hilfen zur Gründung von selbständigen Existenzen; besondere Maßnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung jugendlicher Aussiedler; verstärkte individuelle Betreuung in den Familien und Weckung von Verständnis der Öffentlichkeit für die Probleme der Aussiedler.

Im einzelnen enthält das Programm folgendes:

I/ Aufnahme in der Bundesrepublik/ Begrüßungsgeld und Überbrückungsgeld wird auch dann sofort ausgezahlt, wenn die Vertriebeneneigenschaft nicht offenkundig ist, sondern erst festgestellt werden muß. In Härtefällen wird es sogar an die Familienangehörigen nichtdeutscher Nationalität ge-

zählt, die im Familienverband einreisen. Die Ausgleichämter sollen die Aussiedler vor allem über Hilfen beraten und im Verkehr mit anderen Behörden betreuen. Die Kooperation aller auf dem Gebiet der Eingliederung tätigen Behörden soll verbessert werden. Auf Bitten des Bundesinnenministers haben die Länder ihre Einbürgerungsbehörden angewiesen, die nicht-deutschen Ehegatten von Aussiedlern, die Deutsche i.S. des Grundgesetzes sind, so zu behandeln, als stünde auch ihnen ein Einbürgerungsanspruch zu, deren Einbürgerungsanträge rasch zu erledigen und die Einbürgerungen gebührenfrei zu vollziehen. Der Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit kann unter gewissen Voraussetzungen erleichtert werden.

II/ Versorgung mit Wohnungen und Einrichtungsgegenständen/ Der Bund stellt den Ländern zusätzlich zu den Mitteln des allgemeinen Wohnungsbaus bis 1977 jährlich 169,88 Millionen DM bereit. Außerdem stehen den Aussiedlern natürlich auch Wohnungen des Bestandes zur Verfügung. Für kinderreiche Aussiedlerfamilien gibt es auch die Förderung nach den laufenden Sonderprogrammen. Bei der Berechnung des Wohngeldes wird für die ersten vier Jahre jedem Familienmitglied, das Aussiedler ist, ein jährlicher Freibetrag von DM 1.200 eingeräumt. Beim erstmaligen Bezug einer Wohnung können die Aussiedler je nach Familiengröße ein Einrichtungsdarlehen in der Höhe von 3.000 bis 10.000 DM erhalten. Bei einer Laufzeit von zehn Jahren sind die ersten beiden Jahre tilgungsfrei. Die Darlehen werden von den Geschäftsbanken gegeben, der Bund bezuschußt die Zinsen in Höhe von sechs %, so daß die Aussiedler nur die Zinsdifferenz zum Marktzins tragen.

III/ Berufliche Eingliederung/ Die Lücken, die das Sprachförderungsprogramm der Bundesanstalt für Arbeit aufwies, werden geschlossen. Es ist vorgesehen, daß jetzt auch Aussiedler Sprachkurse besuchen können, die keine Berufstätigkeit anstreben, und daß nicht nur beruflich verwertbare Sprachkenntnisse, sondern auch allgemeine Sprachkenntnisse vermittelt werden. Bei den Sprachkursen soll auf die Verbesserung spezifischer Lehrmaterialie für die Aussiedler hingearbeitet werden. Zur Wahrung des beruflichen Besitzstandes soll das Verfahren der Anerkennung von Ausbildungsgängen, Zeugnissen, Befähigungsnachweisen, Prüfungen und Diplomen vereinfacht, vereinfacht und beschleunigt werden.

Die Dienste der Bundesanstalt für Arbeit sollen bereits in den Aufnahmehäusern zur Verfügung stehen. In jedem Arbeitsamt wird den Aussied-

lern ein besonders mit ihren Problemen vertraute Fachkraft zur Verfügung stehen. Bei Einstellung von Aussiedlern können Arbeitgeber Eingliederungsbefehle nach § 54 AFG erhalten. Wenn über die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots, die sich die Bundesregierung durch das neue Berufsbildungsgesetz erhofft, hinaus noch weitere Hilfen erforderlich sein sollten, werden diese gewährt werden. Um mögliche Unterschiede im Ausbildungsstand der Jugendlichen auszugleichen, sollen zentrale Anpassungskurse eingerichtet werden. Zur Gründung von selbständigen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben stehen Mittel aus den ERP-Programmen und dem Ergänzungsprogramm der Lastenausgleichsbank sowie dem laufenden Siedlungsprogramm bereit.

IV/ Besondere Maßnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung/ Den jugendlichen Aussiedlern sollen von den Jugendgemeinschaftswerken Hilfen zur gesellschaftlichen, beruflichen und schulischen Eingliederung gegeben werden. Dabei werden über die individuelle Beratung hinaus Eingliederungskurse, sprachlich schulende Kurse und Freizeiten mit einheimischen Jugendlichen angeboten. Für die übrigen Familienmitglieder werden die Wohlfahrtsverbände in Zusammenarbeit mit den Jugendgemeinschaftswerken Beratungs- und Betreuungsdienste einrichten.

Von besonderer Bedeutung ist aber, daß die einheimische Bevölkerung sich selbst der Aussiedler annimmt. Dies kann insbesondere durch Familienpatenschaften erreicht werden; auch die Vereine sind aufgerufen, die Aussiedler in ihr Wirken einzubinden. Damit die Aussiedler sich in den deutschen Lebensverhältnissen zurechtfinden, sollen die Aussiedler spezielles Informationsmaterial erhalten, besonders wichtig werden Informationen über verbrauchergerichtetes Verhalten sein.

Alle Bemühungen um eine möglichst schnelle und vollständige Eingliederung werden letztlich nur dann zum Erfolg führen, wenn die Bevölkerung die Aussiedler verständnisvoll und hilfsbereit als willkommenen Bürger aufnimmt. Die Bereitschaft dazu zu wecken, wird die Aufgabe einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit sein. (-/13.5.1976/bgy/e)

+ + +

Die sozialliberale Außenpolitik ist erfolgreich

Fortsetzung auf der Basis der Glaubwürdigkeit und der Stabilität

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Springers "Berliner Morgenpost", die sicher nicht verdächtig ist, daß sie Optimismus über Berlin verbreitet, veröffentlichte in den letzten Tagen eine Wickert-Umfrage mit folgenden Ergebnissen: Mehr als ein Drittel von 1870 befragten Berlinern über 18 Jahre erklärten, sie fühlen sich in dieser Stadt "sehr glücklich". Weitere 57 vH antworteten mit "glücklich". Nur fünf vH antworteten auf die Frage "Wie fühlen Sie sich eigentlich hier in Berlin?" mit "nicht" oder "nicht sehr glücklich". Drei vH der Befragten waren zu dieser Frage ohne Urteil.

Eine in den Fragen übereinstimmende Untersuchung hatten die Wickert-Institute bereits im Mai vergangenen Jahres durchgeführt. Im Vergleich beider Umfragen ergeben sich zu der Frage "Wie denken Sie über die zukünftigen Beziehungen von West-Berlin zum Osten?" unterschiedliche Beurteilungen. Hatten 1975 nur zwölf vH eine Verbesserung der Beziehungen angenommen, so waren es in diesem Jahr 32 vH. 33 vH hatten damals an ein "Gleichbleibend" geglaubt, heute waren es 46 vH. Mainten damals 39 vH der Befragten, die Beziehungen zu den Ostblock-Staaten würden sich verschlechtern, so teilten in diesem Jahr nur noch 14 vH diese Befürchtung. 16 bzw. bei der jetzigen Befragung acht vH antworteten mit "ich weiß nicht". Auf die Frage "Tut die Bundesregierung Ihrer Meinung nach genug für die Verkehrsverbindungen zwischen West-Berlin und dem Bundegebiet?", erklärten 88 vH, es geschehe genug, sechs vH es geschehe zu wenig, und sechs vH waren ohne Urteil.

Dieser Wandlungsprozeß in der öffentlichen Meinung der Berliner hat sich trotz der einflußreichen Verbreitung von Pessimismus und angeblicher Erfolglosigkeit der sozialliberalen Politik durch die Springer-Presse ergeben. Der

Bürger hat sich jetzt sein eigenes Bild verschafft. Es ist nicht so, wie viele glauben, daß schon alles vergessen sei, was einmal gewesen war. Die Berliner wissen am besten, daß der Kalte Krieg nicht so schön war, daß man sich ihn wieder wünschen könnte. Was die Berliner zu dieser positiven Einstellung veranlaßt hat, ist klar, denn die Vorteile einer auf der Grundlage des Gleichgewichts geführten Entspannungspolitik liegen erkennbar auf der Hand:

- Für die Menschen in beiden deutschen Staaten hat diese Politik Erleichterungen gebracht und Begegnungen mit Bürgern osteuropäischer Staaten gefördert, insbesondere im Reiseverkehr und auf dem Gebiet der Kultur;

- von 1970 bis heute haben etwa 150.000 Deutsche aus Polen und anderen osteuropäischen Staaten ausreisen können, und aus Polen werden in den nächsten vier Jahren weitere 125.000 Deutsche zu uns kommen;

- die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist verstärkt worden und damit sind unsere Arbeitsplätze sicherer geworden;

- auf militärischem Gebiet sind Ansätze zu vertrauensbildenden Maßnahmen getroffen worden und

- die Rolle der Bundesrepublik ist im Bündnis und weltweit bedeutungsvoller geworden.

Die christkonservative Opposition tut jedoch so, als ob die Entspannungspolitik eine Niederlage des Westens war und ist und die Sowjetunion als großer Sieger bestehe. Eine bessere Propaganda kann sich die Sowjetunion gar nicht wünschen. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky hat zu diesem Thema vor kurzem im Europarat geäußert, daß es keine Alternative zur Entspannungspolitik gibt, und daß diese sichtbare Erfolge zu verzeichnen gehabt hat: "Es kann also meiner Ansicht nach nicht bestritten werden, daß dieser Kontinent ein hohes Maß an relativer Entspannung erreichen konnte, und es scheint mir die Aufgabe der europäischen Demokratien zu sein, die Entspannungspolitik in konstruktiver und, wenn Sie wollen, in kontroverser Weise gleichzeitig weiterzuführen. Denn nur in der Entwicklung dieses Entspannungszustandes liegt ihr Bestand. Und zu dieser Politik scheint es mir nun höchste Zeit zu sein, denn die nächste Konferenz kommt bald. Sie findet bekanntlich 1977 in Belgrad statt. Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen: Es scheint mir eine Aufgabe der demokratischen Staaten Europas zu sein, in der Frage der Entspannung nicht immer nur eine defensive Haltung einzunehmen, sondern sich zu einer konzeptiven Politik zu entschließen." Weiter sagte Kreisky: "Schließ-

lich möchte ich einen Gedanken in diesem Zusammenhang vertreten und ihn in einer für manche überraschenden Art formulieren. Ich behaupte, die Entspannungspolitik nützt vor allem der Demokratie, denn nur dann, wenn es die Entspannung in Europa gibt, kann es die Liberalisierung geben, wobei ich mir allerdings über ihr Ausmaß keine Illusionen mache."

Die Öffentlichkeit und wir haben keinen Grund, uns von der CDU/CSU-Opposition einreden zu lassen, daß die Sowjetunion überall auf der Welt, in Angola, in Afrika, im Nahen Osten, in Asien und in Portugal große Siege feiere, während wir an Einfluß verlieren. Das Gegenteil ist eher richtig. Es gibt doch eine Bewegung innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Parteien, die eine Veränderung darstellt. Es gibt doch als Folge der KSZE und der Entspannung eine Bewegung in Osteuropa, die wir durchaus begrüßen können und wobei wir uns in der Offensive befinden. Wir haben keinen Grund, uns unsere Erfolge selbst abzustreiten. Auch Schwarzmalerei wird dies nicht zustandebringen. Wir werden unsere Außenpolitik auch nach dem 3. Oktober erfolgreich fortsetzen. Es wäre für die deutsche Außenpolitik und für die Stellung der Bundesrepublik in der Welt eine schwere Belastung, wenn sich an der außenpolitischen Richtung etwas ändern sollte, die die Bundesrepublik unter dieser Regierung und dieser Koalition eingehalten hat.

Worauf ist denn die heutige Stellung der Bundesrepublik in der Welt zurückzuführen? Doch auf die Tatsache, daß wir durch unsere wirtschaftlichen und sozialen Leistungen einen inneren und äußeren Zustand erreicht haben, der eine optimale soziale Sicherheit und internationale Glaubwürdigkeit verbindet. Glaubwürdigkeit in dem Sinne, daß unsere innenpolitische Stabilität die Bundesrepublik in den Augen unserer Verbündeten und Nachbarn zu einer kalkulierbaren Größenordnung gemacht hat. Dies ist die Grundlage, auf der wir Deutschlandpolitik, Europapolitik, Bündnispolitik, Entspannungspolitik und den Ausgleich mit den Entwicklungsländern erfolgreich und mitgestaltend führen können.

(-/13.5.1976/ks/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller